



## **Antrag**

der Fraktion der SPD

### **Sozialen Zusammenhalt sichern: Entlastungs- und Sicherungspaket gegen steigende Energiekosten in Schleswig-Holstein**

Die Folgen des völkerrechtswidrigen Überfalls der Russischen Föderation auf die Ukraine haben zu enormen Steigerungen bei Energiepreisen geführt. Das gilt insbesondere für die Gasversorgung. Wir stehen deshalb im Herbst und Winter vor der Aufgabe, alle Menschen in Schleswig-Holstein gut durch die angespannte Versorgungslage zu bringen.

Spätestens ab Oktober werden vor allem Haushalte mit geringem Einkommen an ihre finanziellen Grenzen stoßen. Gerade diese Menschen brauchen unsere besondere Unterstützung.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung mit Maßnahmen wie dem 9-Euro-Ticket, dem Tankrabbatt, einem Heizkostenzuschuss, erhöhtem Wohngeld und dem Energiegeld für spürbare Entlastungen gesorgt hat und weitere Entlastungen angekündigt sind. Diese sind notwendig und geboten.

Aber auch als Land stehen wir in Verantwortung, weil viele Maßnahmen auf der regionalen Ebene deutlich zielgenauer umgesetzt werden können oder Maßnahmen des Bundes flankiert werden müssen, um ihre Wirkung voll zu entfalten.

Wir setzen dabei auf den Dreiklang von Entlastungen von Verbraucherinnen und Verbrauchern, Stärkung von Kommunen und Energieversorgern sowie Anreize und Unterstützung bei Energieeinsparungen.

Der Landtag wolle beschließen:

Um Menschen in Schleswig-Holstein, die von den gestiegenen Energiekosten besonders belastet sind, zu unterstützen, werden 100 Mio. Euro aus den Notkrediten zur Abfederung der finanziellen Herausforderungen in Folge des Krieges in der Ukraine verwendet. Damit werden die folgenden Maßnahmen finanziert:

1. Mit 50 Mio. Euro werden Härtefallfonds von Kommunen, kommunalen Energieversorgern und der Wohnungswirtschaft kofinanziert, die Menschen in besonderen Notlagen, die durch steigende Energiekosten entstanden sind und nicht durch die bestehenden Hilfen gedeckt werden können, unterstützen.
2. Insgesamt 30 Mio. Euro werden für die Umsetzung praktischer Energiesparmaßnahmen wie bspw. der Vornahme hydraulischer Abgleiche eingesetzt. Die Umsetzung wird in Zusammenarbeit mit Energieversorgern und Kommunen direkt vom Land beauftragt. Das Programm richtet sich explizit an Verbraucherinnen und Verbraucher, die von klassischen Förderprogrammen nicht profitieren, weil sie über kein Eigenkapital verfügen. Berechtig sind Haushalte, die durch Programme des Bundes oder des Landes bereits als unterstützungsberechtigt anerkannt wurden. Das Land soll diese in einer gemeinsamen Aktion mit dem Handwerk umsetzen, damit die begrenzten Kapazitäten im Handwerk vor dem Winter gezielt für die Haushalte zur Verfügung stehen, die besonders belastet sind.
3. Mit 10 Mio. Euro werden Unterstützungsteams bei Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften und Energieversorgern finanziert, die Kundinnen und Kunden mit Zahlungsproblemen Hilfsangebote wie Wohngeld, Beratung und Energiespartipps vermitteln.
4. Für 5 Mio. Euro wird eine Informationskampagne zum Recht auf Wohngeld aufgelegt, weil diese passgenaue Leistung von viel zu wenig Anspruchsberechtigten in Schleswig-Holstein genutzt wird. Die Verfügbarkeit der digitalen Beantragungsportale für Wohngeld im Rahmen des OZG wird beschleunigt und vom Land flächendeckend umgesetzt.
5. Mit 5 Mio. Euro werden zusätzliche Angebote in der Verbraucher- und Schuldnerberatung finanziert.

### **Begründung:**

Im Rahmen der Folgen des Ukraine-Krieges besteht eine außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt.

Der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine und die mit ihm einhergehenden Preissteigerungen für Energie entziehen sich der Kontrolle des Landes Schleswig-Holstein. Die steigenden Preise gefährden den Wohlstand von hunderttausenden Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern und belasten den sozialen Zusammenhalt.

Ein Teil der Notkredite für die Abfederung der finanziellen Herausforderungen in Folge des Krieges in der Ukraine wurde bereits für die Kapazitätsausweitungen für die durch das 9-Euro-Ticket zunehmenden Verkehre genutzt. Entsprechend soll jetzt ein weiterer Teil für die Bewältigung der sozialen Folgen bei den Energiekosten verwendet werden.

Dabei achten wir darauf, die Programme des Bundes sinnvoll zu ergänzen und den Wirkungsgrad der Maßnahmen des Bundes durch Beratung und ergänzende Unterstützungsmaßnahmen beim Energiesparen zu erhöhen.

Thomas Losse-Müller  
und Fraktion